

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Abonnementspreis beträgt bei reiner Zahlung im Voraus für Groß-Vertrieb 4,- M., bei Nachnahme monatlich 4,68 M., bei Zahlung unter Fortschritt für Deutschland 6,50 M., für Ausland 7,50 M., per Brief 12,50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2805 und 2806.

Jahreslohn für die abgegebene. Kompositionelle oder fernem Raum 1,20 M., Wortlohniges des vollständigen Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf., Korrekturlohn 10 Pf., bei Familien- u. Verlagsunterstützung fällt der Zuschlag fort. Inhaber für den Druck folgenden Tag wählen (dieses bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufzugeben sein).

Anzeigen-Abteilung: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9768

FREIHEIT

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Aufforderung zum Solidaritätsstreik!

Die Vorschläge der Unternehmer abgelehnt.

In der Fortsetzung der Generalversammlung der Metallarbeiter am heutigen Vormittag wurde nachstehende Resolution mit 4000 gegen 17 Stimmen angenommen:

Die Generalversammlung des deutschen Metallarbeiter-Bandes erteilt dem Kollegen Rusch und der Hüfner-Kommission Entlassung und spricht denselben das volle Vertrauen aus. Die volle Verantwortung selbst tragend, beschließt sie, die Vorschläge der Unternehmer über die Aufnahmeharkeit der Arbeit für völlig unannehmbar zu erklären. Streik ist keine Unterordnung des Arbeitsverhältnisses. Die Streikenden, Ausgesperrten und Entlassenen sind bei der Wiederaufnahme der Arbeit gleichzustellen. Alle Entlassungen sind rückgängig zu machen. Die Hüfner-Kommission erhält den Auftrag, den Unternehmern nochmals die Forderung der Streikenden: „Der Streik ist einseitig zu werden, die Rechte gewährt, wie diese sie bei Ausbruch des Streiks in den Betrieben hatte“, zu unterbreiten.

Um diese Forderung zu unterstützen und den Anschlag der Unternehmer auf bestehende Rechte der Arbeiter abzuwehren, ruft die Generalversammlung alle noch in Arbeit stehenden Metallarbeiter Groß-Vertrieb auf, sofort in den Solidaritätsstreik einzutreten. Die Generalversammlung fordert die politischen Vertretungen der Arbeiterklasse auf, alle für den Generalkreik notwendigen Vorbereitungen zu treffen und diesen — sollten die Unternehmer von ihrem, die Grundrechte der Arbeiter bedrohenden Verhalten nicht ablassen — nach Ablauf von 48 Stunden zu erklären. Die im Streik stehenden Kollegen werden aufgefordert, unentwegt im Kampfe zu verharren, bis alle reaktionären Pläne der Unternehmer restlos abgeschlagen sind.

Genauso fordert die Generalversammlung, daß der Solidaritätsstreik Groß-Vertrieb sofort eine Vollversammlung der Arbeiter- und Betriebsräte aller Industriegruppen einberufen soll, um eine entscheidende Stellung zu dem Kampf in der Berliner Metallindustrie zu treffen.

Der Ausfall der Abstimmung in Leipzig.

Gegen den Anschluß an die dritte Internationale.

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“)

Leipzig, 3. November. Die gestrige Abstimmung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Groß-Leipzigs über die Resolution zur Parteifreiheit hat als vorläufiges Resultat ergeben, daß in den Bezirken der Stadt und der näheren Umgebung für die Resolution der Parteifreiheit, die sich für den Parlamentarismus, gegen die Diktatur der Minorität und gegen den Anschluß an die dritte Internationale ausdrückt, bei etwa 6000 Abstimmenden ungefähr eine Mehrheit von 500 Stimmen ergeben hat. Die Ergebnisse der weite, von Leipzig abliegenden Orte stellen noch aus, werden aber an dem Ergebnis nicht viel ändern, sondern vermutlich die Mehrheit noch verstärken.

Um Oberschlesien.

Die Entente gegen die Gemeinderatswahlen.

T. U. Graf, 8. November.

Eine deutsche Note über Oberschlesien ist nach Pariser Meldungen drahtlos der französischen Regierung übermittlelt worden. Danach beabsichtigt die deutsche Regierung am 9. November die Gemeinderatswahlen in Oberschlesien abhalten zu lassen, und rechtfertigt den Beschluß durch die Mitteilung, daß die Volksabstimmung erst nach längerer Zeit stattfinden könne, es richtiger sei, die Gemeinderatswahlen in Oberschlesien erst vorzunehmen. Die Konferenz ist der Meinung, daß diese Absicht der deutschen Regierung einen Druck auf die oberschlesische Bevölkerung bilde und würde daher binnen kurzem der deutschen Regierung mitteilen, daß sie diese Pläne nicht billigen könne.

In der Tat hat es jetzt die Regierung nicht deshalb mit den Gemeinderatswahlen in Oberschlesien so eilig, weil sie den demokratischen Grundgedanken Genüge tun will, sondern weil sie das Ergebnis der Volksabstimmung vorwegnehmen möchte und sie in deutschfreundlichem Sinne zu beeinflussen hofft. Das deutsche Volk hat aus wirtschaftlichem Interesse alle Ursache, die Erhaltung Oberschlesiens bei Deutschland zu wünschen. Solange dort aber das Gewaltregiment Göring fortduert, solange ist nicht zu erwarten, daß die Mehrheit der oberschlesischen Bevölkerung sich für Deutschland entscheidet wird. Eine Gemeinderatswahl unter dem

Belagerungszustand ist das denkbar ungeeignetste Mittel, um die wirkliche Stimmung in der Bevölkerung festzustellen.

Neue Lohnbewegung in Oberschlesien.

T. U. Rattow, 8. November.

In Oberschlesien machen sich neue Lohnbewegungen bemerkbar. Die Bergarbeiter der Berginspektion Bielsko sind mit neuen Forderungen herbeigekommen. Die Angehörigen der Vereinigten Königs- und Laurahütte haben ebenfalls Einspruch gegen die von der Hütte vorgenommenen Massenentlassungen erhoben. Die von den Angehörigen der oberschlesischen kaufmännischen Betriebe mit den Unternehmern gepflogenen Verhandlungen zwecks Abschluß eines Tarifvertrages sind gescheitert.

Die Buße für Scapa Flow.

Verailles, 2. November.

Die „Temps“ meldet, hat der Vizepräsident gestern Nachmittag beschlossen, von Deutschland als Ersatz für den den Alliierten durch die Vernichtung der Schiffe in Scapa Flow zugefügten Schaden eine gewisse Anzahl leichter Kriegsschiffe, Schwimmbatterien, Kräne und anderer zum Material der Flotte gehöriger Gegenstände zu verlangen. Nach einigen Überblättern will man 400 000 Tonnen Schiffsraum als Ersatz beanspruchen.

Ein Sieg der Sowjet-Armee.

H. N. Moskau, 3. November.

Das Rote Heer hat einen neuen größeren Sieg errungen, der für die Lage an der ganzen westlichen Front von nicht geringer Bedeutung sein dürfte. Am 31. Oktober eroberten die Roten Truppen die Stadt Luga zwei Regimenter der Weißen Truppen, die die Wälle der Stadt verteidigten, wurden vernichtet. Sie hatten nicht einmal Zeit, die Eisenbahnbrücke zu sprengen. Die Bolschewisten eroberten 17 Maschinengewehre und machten 250 Gefangene. Die Weißen Truppen ziehen sich jetzt in großer Eile in nördlicher und westlicher Richtung zurück.

Der amerikanische Bergarbeiterstreik.

Die Staatsgewalt gegen die Streikenden.

Amsterdam, 3. November. „Telegraaf“ meldet aus New York, daß Frank Hayes und 83 anderen Gewerkschaftsführern vorübergehend jede Agitation verboten wurde. Dieses Verbot wurde auf Ersuchen des stellvertretenden Generalanwalts ausgesetzt. Am 11. November wird der Gerichtshof über das Streikverbot eine definitive Entscheidung treffen. Wilson hat die Pläne des Kabinetts zur Verfolgung der Streikführer gebilligt auf Grund des Befehles, daß Anstände, die die Lebensmittel- und Kohlenversorgung beeinträchtigen, für unerlaubt erklärt.

Die Ausdehnung des Streiks.

New York, 2. November. Neuter-Meldung.

Die Mehrheit der Bergwerksarbeiter in den großen Erzeugungszonen in Pennsylvania, Westvirginien, Ohio, Illinois, Michigan, Iowa, Kentucky, Colorado, Kansas, Wyoming, Montana und Washington hat die Bergwerke verlassen. In einigen Bezirken sind Truppen zusammengezogen worden. Sie werden für alle Fälle verfügbarsbereit gehalten. Compers erklärte, das einzige Ergebnis des bundesstaatlichen Eingreifens gegen den Streik würden weitere Streikungen sein, die sich nicht auf die Bergwerke beschränken würden.

Haases Befinden etwas gebessert.

Wie wir soeben von Herrn Geheimrat Nolke erfahren, hat sich das Befinden des Genossen Haase heute etwas gebessert. Herr Geheimrat Nolke hatte gemeinsam mit Herrn Geheimrat Körte vom Reichsanstaltenhaus, der auf Wunsch der Familie zur Behandlung hinzugezogen worden ist, eine vollständige Untersuchung vorgenommen. Herz und Lunge, sowie die übrigen inneren Organe sind in Ordnung. Die Wunde ist neu verbunden worden und sieht nicht schlecht aus. Die Schwäche des Patienten war heute morgen geringer, er machte einen etwas munteren Eindruck und hat volles Vertrauen, daß von den Ärzten alles geschieht, um ihn durchzubringen. Die Temperatur betrug heute morgen 37 Grad.

Wenn also auch das Allgemeinbefinden heute etwas besser ist, so läßt sich doch nicht sagen, ob der Sträfling auch die Dauer ausweichen wird, die schwere Krise zu überwinden. In allzu großem Optimismus ist daher leider noch immer kein Heranlassung.

Warum wir für Moskau sind.

Von Paul Schwenk.

III.

Wir geben heute den Schlussartikel des Genossen Schwenk wieder. Seine Unrichtigkeiten und falschen Auffassungen werden wir in einem besonderen Artikel darlegen.

Die Gegner der Moskauer Internationale arbeiten in erheblichem Maße mit opportunistischen Gründen. Sie deuten insbesondere auf die in Moskau ausgesprochene scharfe Kampfanlage gegen die deutschen Unabhängigen hin. Sie lassen sich aber, wie z. B. Genosse Crispian, von ihrem Eifer so weit fortziehen, daß alle Sachlichkeit und Wahrheit dabei zum Teufel geht. Crispian behauptet: „Die Moskauer Beschlüsse atmen schonungslos Feindschaft gegen die Unabhängige Sozialdemokratie.“ Die zwei Belegstellen, die er dafür anführt, sind aber auch die einzigen von allem, was in Moskau beschlossen worden ist, die seine maßlos übertriebene Behauptung stützen könnten. Stützen könnten, wenn nämlich die Kampfanlage jedes berechtigten Kerns entbehren würde. Das ist jedoch ganz und gar nicht der Fall. Die Motive, die dazu geführt haben, gelten leider zum Teil auch heute noch. Denn auf unser famoseres Aktionsprogramm, das zur selben Zeit geschaffen wurde, als in Moskau bereits die erfreulich klaren Richtlinien beschlossen wurden, können wir wahrhaftig nicht stolz sein. Gelimat es auf dem Parteitag, uns von allen Halbheiten und Zweideutigkeiten zu befreien, dann entfällt auch für die dritte Internationale jeder Grund, uns ferner zu bekämpfen. Die Moskauer haben eben, indem sie die vorbildlichen Richtlinien knüpften, sich uns überlegen gezeigt. Das verdient Anerkennung und keineswegs unsern Jörn.

Nun zu den Richtlinien selber. Sie waren bisher den Berliner Parteigenossen nicht zugänglich. Die Provinzpresse hat wenigstens die entscheidenden Stellen im Auszug gebracht. Hätte sie jeder in Händen, dann würde die Diskussion ganz wesentlich vereinfacht worden sein. Dann hätte jeder revolutionäre Sozialist erkennen können, daß nichts in ihnen enthalten ist, was wir nicht vorbehaltlos unterstützen könnten, und was nicht, in den Grundzügen wenigstens, in den Schriften unserer Meister, vom kommunistischen Manifest angefangen, enthalten ist.

Zum Beweis lassen wir einige der wichtigsten Sätze folgen:

„Die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat bedeutet die Vernichtung der politischen Macht der Bourgeoisie. Das härteste Machtmittel der Bourgeoisie ist der bürgerliche Staatsapparat mit seiner kapitalistischen Armee unter Führung bürgerlich-junkelhafter Offiziere, seiner Polizei und Gendarmen, seinen Kerkermeistern und Richtern, seinen Rassen, Staatsbeamten usw. Die Eroberung der politischen Macht bedeutet nicht nur einen Personentausch in Ministerien, sondern die Vernichtung des feindlichen Staatsapparats, die Eroberung der wirklichen Macht, die Entlassung der Bourgeoisie, der konterrevolutionären Offiziere, der Weißen Garde und die Entlassung des Proletariats, der revolutionären Soldaten, der roten Arbeitergarde, die Beseitigung aller bürgerlichen Richter und die Organisation des proletarischen Gerichts; die Aufhebung der Herrschaft der reaktionären Staatsbeamten und die Schaffung neuer Vertretungsorgane des Proletariats. Der Sieg des Proletariats liegt in der Desorganisation der feindlichen, der Organisation der proletarischen Macht. Er besteht in der Zerkümmern des bürgerlichen, im Aufbau des proletarischen Staatsapparates. Nur nachdem das Proletariat den Sieg errungen, den Widerstand des Bürgertums gebrochen hat, kann es seine früheren Gegner der neuen Ordnung nützlich machen, indem es sie unter seine Kontrolle stellt und allmählich zur Arbeit des kommunistischen Aufbaus heranzieht.“

Als zweite These folgt die über Demokratie und Diktatur, der wir folgende Zeilzüge entnehmen:

„Wie jeder andre Staat, ist der proletarische Staat ein Apparat der Unterdrückung, aber dieser Apparat ist jetzt gegen die Feinde der Arbeiterklasse gerichtet. Seine Aufgabe ist, den Widerstand der Ausbeuter, die in ihrem verzweifeltsten Kampfe alle Mittel anwenden, um die Revolution im Blut zu ersticken, zu brechen und unmöglich zu machen. Andererseits schafft die proletarische Diktatur, indem sie das Proletariat zur herrschenden Klasse erhebt, eine Situation des Übergangs. In dem Maße, in dem der Widerstand der Bourgeoisie gebrochen, diese expropriert und in eine arbeitende Schicht verwandelt wird, schwindet die proletarische Diktatur, indem sie der Staat stirbt ab und mit ihm werden die sozialen Klassen aufgehört haben, zu existieren.“

Die sogenannte Demokratie, A. B. M. ...

Demokratie, ist nichts anderes als die verkäufte Diktatur der Bourgeoisie. Der so oft gerühmte "Volkswille" ist eine Illusion, wie die Einheit des Volkes. Im Gegensatz zur Bourgeoisie gebraucht das Proletariat, das die ungeheure Mehrzahl der Bevölkerung darstellt, offen die Macht seiner Massenorganisationen, seiner Sowjets, um der Bourgeoisie die Privilegien zu entreißen und den Übergang zu einer klassenlosen kommunistischen Gesellschaft zu sichern.

Der eigentliche Sinn der bürgerlichen Demokratie besteht in einer rein formalen Anerkennung der Rechte und Freiheiten, die für das Proletariat und die halbproletarischen Elemente wegen Mangel an materiellen Mitteln durchaus illusorisch sind — während der Bourgeoisie alle Mittel zur Verfügung stehen, durch ihre Presse und Organisation das Volk zu betäuben und zu betrügen. Im Gegensatz dazu besteht der Sinn des Ratesystems, dieses neuen Typus der Staatsmacht, darin, daß dem Proletariat die Möglichkeit geboten wird, seine Rechte und Freiheiten zu verwirklichen.

Und schließlich noch der Passus, woraus zu entnehmen ist, daß sogar der Parlamentarismus als Kampfmittel zugelassen wird:

„Die revolutionäre Epoche fordert vom Proletariat die Anwendung solcher Kampfmittel, die seine ganze Energie konzentrieren, nämlich die Methode der Massenaktionen und als ihre logische Folge — direkte Zusammenstöße mit der bürgerlichen Staatsmaschine in offenem Kampfe. Diesem Ziele müssen alle anderen Methoden, z. B. revolutionäre Ausnutzung des bürgerlichen Parlamentarismus, untergeordnet sein.“

Wir stehen voll und ganz auf dem Boden dieser Richtlinien. Und diese Tatsache ist für uns entscheidend.

Die dritte Internationale ist da. Ob sie zu früh gegründet wurde oder nicht, ist unerheblich. Wir haben lediglich zu prüfen, ob zwischen ihr und uns eine grundsätzliche Übereinstimmung besteht. Das müssen wir unbedingt bejahen. Infolgedessen entfällt für uns jeder nichthaltbare Grund, eine neue internationale Organisation zu gründen. Hinzu tritt der weitere, viel zu wenig beachtete Umstand, daß wichtige Teile des internationalen Proletariats — ohne Kommunisten zu sein — sich ihr bereits angeschlossen haben. Durch unsern Beitritt werden die abseits stehenden — die Schweizer Genossen z. B. — sicher veranlaßt werden, diesen Schritt gleichfalls zu vollziehen. Dann oder haben wir, was auch die Gegner des Anschlusses wollen: die machtvolle Zusammenfassung des revolutionären Weltproletariats.

Sehen wir das so entstandene Gebilde vorurteilsfrei an, so werden wir ferner zugeben müssen, daß die Frucht, wir könnten uns mit Haut und Haaren dem Bolschewismus verkreieren, völlig unbegründet ist. Aber auch das Gerede, wir würden für die bolschewistischen Methoden in Anspruch genommen werden, stellt sich als haltlos heraus. Nirgends wird dies gefordert. Ein Lenin weiß aus eigener Erfahrung zu gut, daß die Kritik nicht von dem Willen der einen Seite, sondern weit mehr von dem Verhalten der Gegenseite abhängt.

Die Frucht, die sich in solchen Argumenten ausdrückt, nimmt sich für wahr sehr sonderbar aus bei revolutionären Sozialisten, die wir doch sein wollen. Als solche haben wir im Gegenteil die Pflicht, allen Verunglimpfungen zum Trotz mannhaft Seite an Seite zu treten mit den Revolutionären der ganzen Welt. Zu diesem Zwecke gehen wir nach Moskau. Und die Sozialisten der Ententeländer? Die werden es uns gleich tun, früher vielleicht, als wir glauben, und sicher um so eher, je rascher und entschlossener wir den Schritt tun. Zeit und Ereignisse drängen. Zweifel schon wurde verdammt durch unser sauberes Schwanken, und alle Gründe weisen nach Moskau.

Wer in der Republik avanciert.

Der aus der Jägermajors bekannte Generalmajor z. D. frühere Oberst v. Neuzer, hat den Charakter als Generalleutnant erhalten. Besser kann die „sozialistische“ Regierung ihre Ubergangsmessung mit den alten Militärs nicht betreiben als durch diese Würdigung.

Berliner Bühnenland.

Bessingtheater und anderes.

In welchem Maße der ganze Theaterebetrieb auf geschäftlicher Basis beruht, erkennt man wieder an der Tatsache, daß das Bessingtheater durch Kauf in die Hände der Gebrüder Waller überging, die schon das Trianon- und Reibenscheitlertheater zu einer wohlgeübten dramatischen Warenhandlung (mit neu ausgearbeiteten Rollen und großartigen Aktionen) gemacht haben. In einigen Jahren wollen sie auch das Bessingtheater verstaatlichen, in dem einst Otto Brahm Zukunfts fand, als er im Deutschen Theater trotz seines künstlerisch unergieblichen Vortrags „ausgemietet“ worden war. Jetzt soll nun Barnowsky wechseln, der sich als kleiner Nachfolger Brahms um das große Gebe mühte. Die Direktionsmühsal des Waller ist samt der Presse eine der drückendsten Angelegenheiten unseres öffentlichen Lebens. Kunstfremd, kunstverleidend, kunstschädlich zugleich — und ohne das Volk und gegen das Volk gemeint. Mit wenigen Ausnahmen. Sieht man von der Volksschule ab, deren andere geartete soziale und künstlerische Systeme nicht völlig ausfällt, so bleiben als bedeutungsvolle Kräfte in die Staats-Theater, um deren einseitige Reform wir uns von Grund auf bemühen müssen, und Max Reinhardt, der als Künstler und Unternehmer mit Herzogen und Wipfelpunkten ein besonderes Kapitel in der Theatergeschichte bildet und mit der Eröffnung des „Großen Schauspielhauses“ vielleicht in noch höherem Maße bilden wird. In eine andere Klasse gehören — um von den künstlerisch noch geringeren zu schweigen — die in dem ungewöhnlich literarischen Wägen des Theatergeschäftes meist überschätzten Leistungen der Direktoren Klimann und Pornowsky, die jetzt über mindestens vier Bühnen verstreut sind. Der Theatereinkaufsbetrieb gewinnt Überhand und Spekulationen behaupten das Feld. So arbeiten künstlerische Unzulänglichkeit und kapitalistische Verwilderung immer weiter am Zerfall des Theaters, den nur die revolutionäre Umgestaltung seiner künstlerischen und sozialen Grundlagen aufhalten kann.

Nach dieser allgemeinen Betrachtung zum Verkauf des Bessingtheaters kann keines Strindberg-Schnitzler-Abends nur kurz gedacht werden, schon er nicht zu den schlechten Einblendungen gehört. Besonders Strindbergs naturalistisches

Eine tragische Komödie.

Durch die militärischen Einschränkungen der Revolutionsfeiern in Bayern, die sich von einem gänzlichen Verbot nicht unterscheiden, hat sich der ganzen Arbeiterschaft des Landes eine ungeheure Bewegung bemächtigt. Die rechtssozialistischen Blätter schreiben aufgeregte Leitartikel, ihre Organisationsleitungen wenden sich mit klammernden Protesten an die Bevölkerung und es wird den Militärs gedroht, daß die gesamte Arbeiterschaft entschlossen sei, die Jurisdiktion des Erlasses zu erzwingen.

Bis zum Sonnabend abend war die Lage so, daß man nur an einen Gewaltstreik des Militärbeschlusses, Generalmajor Moehl, glauben mochte. Die „Fränkische Tagespost“ und die „Münchener Post“ hatten deshalb auch bis dahin ihre Kampfanzeige ganz auf den Ton des Protestes gegen die militärische Diktatur eingestellt. Auch der „Vorwärts“ hat sich im Anschluß daran lebhaft über die militärischen Provokationen entzündet.

Noch in ihrer Freitagnummer teilte die „Fränkische Tagespost“ mit, daß sogar der Ministerpräsident Hoffmann und der Minister Segis, beides Rechtssozialisten, die als Referenten für Versammlungen an den betreffenden Tagen vorgesehen waren, als erste unter den Erlaß des Generalmajors fallen würden. Das Blatt wollte es nicht glauben, daß der Minister des Innern, Endres, gleichfalls ein Rechtssozialist, sein Einverständnis mit diesem, das „ein Dokument politischer Unfreiheit und Knechtung der Arbeiterschaft“ sei, bekräftigt habe. Und es wurde von Hoffmann und Segis verlangt, daß sie sofort Klarheit darüber schaffen sollten, wer eigentlich in Bayern regiere.

Diese Klarheit ist inzwischen geschaffen worden. Wir haben in der heutigen Morgenausgabe die amtliche Meldung aus München wiedergegeben, wonach der Ministerpräsident sein Einverständnis mit dem Erlaß des Oberbefehlshabers der Reichswehr ausgesprochen hat. Danach herrscht kein Zweifel darüber, daß an der Umwandlung der Revolutionsfeier zum Revolutionsbegräbnis, wie sich die „Münchener Post“ ausdrückt, nicht die Militärs schuld sind, sondern daß die bayerische Regierung, also vor allem die rechtssozialistischen Minister, die volle Verantwortung dafür übernehmen.

Es ist einigermaßen interessant zuzusehen, wie der „Vorwärts“ sich in dieser für seine Partei so überaus blamablen Situation benimmt. In der Sonntagsausgabe hat das Blatt an einer Stelle, die nur ein ganz aufmerksamer Leser entdecken konnte, mitgeteilt, daß der Minister des Innern für das Verbot der Revolutionsfeiern in Bayern verantwortlich sei. Heute sagt es, daß der Erlaß der Regierung die Feier des 9. November noch weiter einschränke, dann gibt es einige Kraststellen aus den Artikeln seiner bayerischen Parteiblätter wieder und bemerkt dazu:

Wenn die bayerische Regierung nicht imstande ist, einen Konflikt zu verhüten, der unabsehbaren Schaden herbeizuführen droht, so ist es unserer Ansicht nach höchste Zeit, daß die Reichsregierung hier eingreift und dafür sorgt, daß nicht durch die Militärs größte Gefahren heraufbeschworen werden.

Wir begreifen nicht, was die Reichsregierung gegen ihr bayrisches Geschwister unternehmen soll. Regierung und Militärs sind in Bayern doch vollkommen einig und wenn auch die Arbeiterschaft unter dieser Einigung zu leiden hat, so ist das doch weder für Herrn Ebert noch für Herrn Noske ein Grund, irgend etwas in dieser Sache zu unternehmen.

Es handelt sich aber hierbei nicht allein um eine Regierungsangelegenheit, sondern um einen neuen Verrat und einen brutalen Gewaltakt, der von regierenden Mitgliedern der rechtssozialistischen Partei an der revolutionären Arbeiterschaft, zu der sich in Bayern auch die Rechtssozialisten noch zählen, verübt wird. Die Entrüstung des „Vorwärts“ darf sich also nicht auf die Militärs beschränken, sondern sie mußte sich zuerst gegen die eigenen Parteigenossen wenden. Aber davon merkt man in diesem Blatte noch nichts. Es hätte sich, seinen Lesern mitzuteilen, daß die rechtssozialistischen Minister Hoffmann, Segis und Endres sich durch

den Beschluß des Ministerrats mit den Maßnahmen des Oberbefehlshabers ausdrücklich einverstanden erklärt haben.

Eine tragische Komödie ist es, die jetzt in Bayern — und nicht nur in Bayern — aufgeführt wird. Aber die Tragik geht auf Kosten der Arbeiter, die sich, wie die Kälber in dem alten Sprichwort, ihre Metzger selber wählen.

Die Einschränkung des Personenverkehrs.

An die falsche Adresse geraten.

Das „Berliner Tageblatt“, das Hauptorgan der ökonomischen und sozialen Reaktion, nimmt jede durch den Zwang der Not bedingte wirtschaftliche Einschränkung zum Anlaß, um gegen die Arbeiterschaft zu hetzen. So sieht das Blatt die Ursache für die vorübergehende Aufhebung des Personenverkehrs in der „geringen Arbeitsleistung der Eisenbahnreparaturwerkstätten“. Dort werde „nicht genug gearbeitet“ und es dürfe weder „Arbeitsunwilligen“ noch „kommunistischen und ähnlichen Auspüttern“ gestattet werden, „die Katastrophe zu verewigen“.

Mag sein, daß die Arbeitsleistung der Werkstätten nicht auf der Höhe ist. Aber das Blatt muß sich mit keiner Klage an eine andere Adresse wenden. Solange die Behörde den Eisenbahnarbeitern jedes Entgegenkommen auf ihre Forderungen in bezug auf die Betriebsdemokratie verweigert, solange sie nicht einmal den formmännlichen Wünschen der im liberalen Lager stehenden organisierten Eisenbahner entgegenkommt, wie aus den Äußerungen des Organes dieser Gruppe hervorgeht, solange wird die Arbeitsfreudigkeit der Eisenbahnarbeiter kaum wiederkehren.

Die Betriebsleitungen machen unzulängliche Experimente mit allerlei unbrauchbaren, am grünen Tisch ausgearbeiteten Affordsystemen und hemmen damit das Ausleben der Produktivität in den Eisenbahnwerkstätten mehr, als sie es fördern. Darauf beschränken sich ihre Bemühungen, obwohl die Arbeiter aller Richtungen als Fachleute einhellig gegen den Stieflohn protestieren. — nicht nur die „Hansen“, wie Herr Regierungsbaumeister Soyner gesagt sein mag, der in der „Täglichen Rundschau“ folgende Freibeit schreibt: „Die Einführung des Affordsystems ist das einzige Mittel, die allgemeine Teilnahmefähigkeit zu heben, obwohl der Haufe sich stets dagegen sträubt.“ Zum Teil findet der Herr den Grund für das Nachlassen der Leistungen allerdings in der „kraftlosen Ernährung“, zum anderen Teil in der allgemeinen Interessenlosigkeit der Arbeiter, die er, wie gefort nur durch das Affordsystem zu heilen gedenkt. Er wird sich täuschen. Im Gegenteil, solange unfähige, empfindungslose Bürokraten mit kümmerlichen Postleuten an den Dohrsteinen den Betrieb führen, ist an keine Besserung zu denken.

Aber es gibt noch andere Gründe für die Leistungsunfähigkeit der Eisenbahn und den Mangel an verlässlichen Transportmitteln. So behauptet die „Berliner Börsen-Zeitung“ folgendes:

Die Zahl der Eisenbahnwagen, die sich im Besitz der Schienenherren befindet, ist in den letzten Jahren beträchtlich gesunken. In ungeheurer Höhe. Man rechnet damit, daß rund 10 Prozent der Güterwagen nicht voll ausgenutzt werden können, weil sie ohne Kenntnis der Bahnbefahrer hin- und hergeschoben werden und oft wochenlang auf verstaubten Pflöcken stehen bleiben, wenn es das Interesse der „Besitzer“ erfordert.

Wer also Brügelknaben für das wirtschaftliche Unheil sucht, der sollte dabei zuletzt an die Arbeiterschaft denken am allerwenigsten an die Gruppen, die, wie die Eisenbahner, das Treiben des Schabertums aus unmittelbarer Nähe beobachten können. Oder meint das „Berliner Tageblatt“, dem die Schieber näher stehen als die Arbeiter, daß in der Beobachtung dieses Treibens und der Schwächung der Behörden gegenüber diesen Schabern der Gesamtheit für die Arbeiter ein Anreiz zu höheren Leistungen liegt?

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ aber stellt fest, daß die Notwendigkeit der starken Einschränkung des Personenverkehrs zugunsten der Kartoffel- und Kohlentransporte, vor allem durch das „böllige Versagen des Wasserstraßenverkehrs“ entstanden ist. Das offizielle Blatt gibt wieder einmal zu, daß unsere Hinweisse

Gemüt und Geist, von Sinnlichkeit und Verkommenheit. Bei Schubert's O-Dur: tausendfältiges Hervordringen von Klang und Melodie, laut, sich steigend, gütigend selbst in der Tiefe seiner Schwärze, Zukunftsprophetien erschließend in der kühnen Modulation des hochaufsteigenden letzten Satzes — und dann Brahm's in seinem C-Moll-Quartett: langsam aufsteigende Schönheit aus verspannter Weiblichkeit. Die Weibergabe war vollendet in der auffassungstiefen Entloerung der entgegengesetzten Stimmungsharmonie als in der Heronbarbelung der letzten Klangarbeit n. — Im nächsten Konzert bringt die Teilergebnung Moner Noth, Wittenberg, Grünfeld Hardu und B. Ahms-Werte zur Aufführung, bayrischen Kunst der Modrigalhor des akademischen Instituts für Kirchenmusik unter Prof. Karl Thiel.

I. Konzert der Neuen Musikgesellschaft.

In der Vielfältigkeit liegt der besondere Vorzug Hermann Scherchens gegenüber dem beschränkten Spezialistenium vieler bedeutender Dirigenten; in seiner alles großen Vielfältigkeit droht die Gefahr, in ein verfluchendes Alleskönnerium zu verfallen. Die „Romanische Kultur“, das erste Konzert, das ich von Scherchen dirigieren hörte, war eine Enttäuschung. Hebert'sche Bewegungen allein genügen nicht, um in die feinwichtige Romanik Reges einzubringen. Jedes minigige Spuffgitarthen im Scherz will mit einer eigenen, tiefen Weite in seiner abgetönten Farbigekeit aus den einzelnen Instrumenten plastisch hervorgehoben werden. Die Philharmonischen Streicher haben unter anderer Leitung bewiesen, daß sie die dynamischen Eigenarten Reges — besonders in den feinsten Nuancen — nachzugespielen vermögen. — Als Bruckner-Verführer reißt Scherchen von Werk zu Werk tiefer in die Offenbarung der neuen Symphonien hinein. Das gilt aber nur von der umfassenden Größe, mit der er die beiden Urfänge der 1. Symphonie aufbaute und das Temperament des Scherzges aufleben ließ. Im Wagner fehlte die Verklärung aufgehender Innerlichkeit und versenkender Andacht.

Der Bildungsausschuß der U. S. V. D. R. wolle wiederholte am Sonnabend in der Doppelkonzert-Hallenbeide das Mozart-Sommermusik-Konzert, das Hermann Scherchen als dritte Veranstaltung der Freien Volksbühne geleitet hat. In aller Liebe und Dignität sorgte Scherchen diese Veranstaltung wieder zu einem wirklichen, innerlichen Fest. Der künstlerische Beifall der nicht gebrängten, vorbildlich aufmerksamen Menge war der Ausdruck dankbarer Mißgiffenheit.

Musik.

5. Konzert der Freien Volksbühne.

Im fünften Mittagskonzert der Freien Volksbühne ließ das Klavier-Quartett einen Scherchen und einen Brahm's erklingen. Der Kontrast der beiden Werke, des Men's mit dem Norddeutschen, des Heberbrönden mit dem Gellendeburgischen, des Kammermusik den wochschleifenden, Holz von

